



Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan

Newsletter

17. Ausgabe – Januar 2012

Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan

Soforthilfe im Katastrophenfall

Beiträge der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe in Badakhshan

Die Provinz Badakhshan im Nordosten Afghanistans wird häufig von lokal begrenzten Überflutungen, Schneelawinen und Erdbeben oder – wie im vergangenen Jahr – von größeren Dürren heimgesucht. Die Bevölkerung, von der über die Hälfte in der Landwirtschaft tätig ist, verliert dadurch ihre Existenzgrundlage. Ernten werden zerstört, Obstbäume gehen ein, und Nutztiere verenden. Vorsorge zur Selbsthilfe im Katastrophenfall gibt es bisher kaum.

Abholzung der Wälder, Überweidung der Böden und unsachgemäße Bewirtschaftung verschärfen die Anfälligkeit für Naturkatastrophen durch zunehmende Bodenerosion. Im Winter, wenn etwa Lawinenabgänge häufig vorkommen, erreicht Hilfe die Bedürftigen in den schwer zugänglichen Bergregionen, wenn überhaupt, oft erst nach Tagen oder Wochen. Das staatliche Katastrophenmanagement umfasst lediglich begrenzte humanitäre Soforthilfemaßnahmen und den Wiederaufbau von Infrastruktur. Für effektive, präventive Maßnahmen fehlen meist Mittel, Fachwissen und vor allem starke Institutionen.

Im Auftrag des BMZ sollen bis Ende 2012 solide institutionelle Grundlagen und die Selbsthilfekapazität auf Gemeinde-, Distrikt- und Provinzebene weiterentwickelt werden, um im Notfall ein schnell-

es, koordiniertes Vorgehen zum Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Die GIZ unterstützt die Provinz Badakhshan, die Behörde für Katastrophenschutz (*Afghan National Disaster Management Authority - ANDMA*), die Distriktverwaltungen sowie dörfliche und zivilgesellschaftliche Gruppen, eine effektive Katastrophenvorsorge aufzubauen.

Risikoanalysen, Trainingsmaßnahmen, die Gründung von Komitees und Erste-Hilfe-Teams, Notfallablaufpläne, der Aufbau von Koordinationsstrukturen und die Ausstattung mit Rettungsausrüstungen gehören zu den Maßnahmen, die in ersten Distrikten Badakhshans etabliert worden sind. Ein besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, Frauen in alle Maßnahmen einzubinden, von der Risikoanalyse bis hin zu verantwortlichen Funktionen in der Notfallvorbereitung. Langfristig soll das deutsch-afghanische Projekt Verluste und Schadensanfälligkeit verringern und die Widerstandsfähigkeit der Gemeinden stärken, so dass sich Badakhshan – trotz häufiger Naturkatastrophen – nachhaltig entwickeln kann.

Auf den Seiten 2 bis 4 stellen wir Beispiele aus der Praxis vor, die im Rahmen des Programms „Stärkung der Katastrophenvorsorge“ der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe (ENÜH) in Badakhshan durchgeführt werden.

In dieser Ausgabe

Vorsorge zur Selbsthilfe

► In dieser Ausgabe stellen wir das Programm „Stärkung der Katastrophenvorsorge“ der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe (ENÜH) vor. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) schult die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in der Provinz Badakhshan Verwaltungsangestellte der Gemeinden, Distrikte und der Provinz und setzt Maßnahmen für eine effektive Katastrophenvorsorge um.

Wir berichten außerdem über weitere Beiträge der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit zum zivilen Wiederaufbau des Landes unter anderem aus den Sektoren Wirtschaft, Gute Regierungsführung und Wasser.



Badakhshan liegt im äußersten Nordosten Afghanistans und grenzt an China. Die Provinz hat mit einer Fläche von 47.403 Quadratkilometern etwa die Größe von Niedersachsen. 90 Prozent der Fläche besteht aus Gebirge, 26 Prozent ist permanent von Schnee bedeckt. | Foto: GIZ

Risikogebiete untersucht

Studie zur Gefährdung durch Naturkatastrophen soll die Vorsorge verbessern

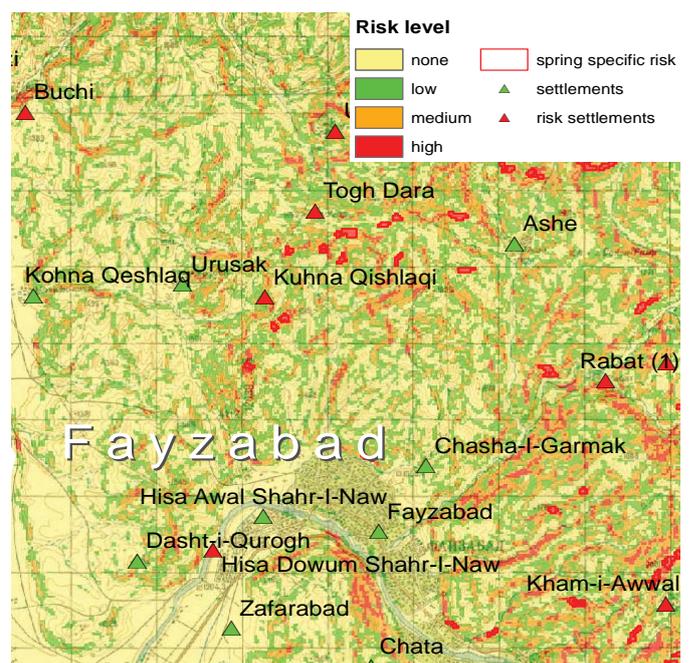
Eine wichtige Grundlage zur Stärkung der Katastrophenvorsorge ist eine fundierte Analyse, welche Gebiete durch Naturereignisse besonders gefährdet sind. Um das zu erreichen und die lokalen Verwaltungen im Bereich Katastrophenvorsorge zu stärken, hat ENÜH in Badakhshan Karten zu Erdbeben-, Lawinen- und Flutrisiken für vorerst vier Distrikte in Badakhshan erstellen lassen.

Durch die Kombination von Satellitendaten, am Boden erhobenen GPS-Koordinaten, Fotos, Bodenproben sowie Befragung der betroffenen Bevölkerung konnten die besonders gefährdeten Gebiete in den Distrikten Argu, Faizabad, Khash und Yaftal-e Payan identifiziert und kartiert werden. Ein weiteres Produkt der Studie waren Übersichtslisten gefährdeter Gemeinden.

Die Studie wurde im Januar 2012 an das Büro des Provinzgouverneurs und die staatliche Katastrophenschutzbehörde ANDMA (*Afghan National Disaster Management Authority*) übergeben. Risikokartierungen dienen der Anpassung an die Bedrohung durch mögliche Naturereignisse, wie Hangrutsche, und unterstützen damit die Planung von Infrastruktur und Landnutzung.

ANDMA will auf Basis der Studie im Jahr 2012 genauer prüfen, wie groß das Gefährdungsniveau in den einzelnen Gemeinden ist, so dass angepasste Vorsorge-

maßnahmen geplant und getroffen werden können. Mittelfristig soll so das Risiko der Bevölkerung, durch extreme Naturereignisse Leben oder Versorgungsgrundlagen zu verlieren, reduziert werden.



Risikogebiete in Badakhshan. | Karte: GIZ

Teams für den Notfall aufgestellt

Deutsch-norwegische Kooperation schult Gemeinden in Badakhshan für Katastrophenschutz

Wenn Wasser- und Schlammmassen Dörfer zerstören oder Erdbeben Häuser einstürzen lassen, sind die Gemeinden der afghanischen Nordprovinz Badakhshan den Naturkatastrophen meist schutzlos ausgeliefert. Den Bewohnern fehlt das Wissen über erste unmittelbare Maßnahmen, die getroffen werden können, um das Schlimmste zu vermeiden. Bis Hilfe in den oftmals entlegenen und schwer zugänglichen Orten eintrifft, kann es Tage oder sogar Wochen dauern.

Rund 700 Männer und Frauen aus zehn Gemeinden in Badakhshan sind deshalb im vergangenen Jahr im Rahmen von Katastrophenschutzübungen ausgebildet worden. In den entsprechenden Gemeinden der Distrikte Argu und Yaftal-e Payan konnten dadurch jeweils zwei Notfallteams aufgestellt werden (je eines für Männer und eines für Frauen), die im Falle einer Naturkatastrophe erste Hilfsmaßnahmen zum Schutz der insgesamt 11.600 Einwohner ergreifen können. Die Handlungsfähigkeit der Gemeinden wurde in Notfallsimulationen überprüft, die jeweils in Kooperation mit Nachbar-

dörfern durchgeführt wurden.

Die Übungen und Weiterbildungen erfolgten von Januar bis Oktober 2011 im Rahmen einer deutsch-norwegischen Kooperation des BMZ-Projektes „Stärkung der Verwaltungen zur Vorbereitung auf Katastrophen“ und der Nichtregierungsorganisation „*Norwegian Afghanistan Committee*“ (NAC).

Die Trainingsmaßnahmen umfassten Aktivitäten zur Sensibilisierung der Bevölkerung, Übungen in Grundtechniken des Suchens und Bergens von Personen und in Erster Hilfe für Katastrophenopfer. Darüber hinaus wurden Seminare zum Thema erdbebensicheres Bauen mit lokalen Materialien und zur partizipativen Erstellung von Gemeinde-Notfallplänen in Krisengebieten abgehalten. Notfalllager wurden in Bauschulungsmaßnahmen errichtet und mit Hilfsgütern ausgestattet.

Die deutschen und norwegischen Kooperationspartner planen, ihre Aktivitäten im Jahr 2012 auszuweiten. Es ist angestrebt, den Afghanischen Roten Halbmond (*Afghan Red Crescent Society - ARCS*) in die Notfalltrainings einzubeziehen.



Bei Katastrophenschutzübungen wurden die Notfallteams unter anderem darin geschult, wie verschüttete Personen geborgen und versorgt werden. | Foto: GIZ

ENÜH-Meldungen

Verwaltungsmitarbeiter geschult:

► Seit dem vergangenen Jahr kooperiert ENÜH in der Provinz Badakhshan mit dem *Asian Disaster Preparedness Center* (ADPC). Experten der in Bangkok ansässigen Nichtregierungsorganisation schulten bei mehreren Besuchen Mitglieder der lokalen Verwaltungen. Im Fokus standen Verbesserungen bei der Koordinierung von Hilfsmaßnahmen im Katastrophenfall sowie bei der Planung der Katastrophenvorsorge. ADPC hat darüber hinaus Vorschläge zu Standardverfahrensweisen für Behörden im Katastrophenfall erstellt, die zurzeit diskutiert werden.

Fachliche Arbeitsgruppe eingerichtet:

► In Zusammenarbeit mit dem Büro des Provinzgouverneurs, der *Afghan National Disaster Management Authority* (ANDMA) und weiteren Organisationen in Badakhshan haben GIZ-Mitarbeiter des ENÜH-Programms eine fachliche Arbeitsgruppe (*Disaster Risk Management Working Group*) eingerichtet. Diese soll für mehr Transparenz und eine verbesserte Koordination zwischen den rund zehn mit der Katastrophenvorsorge betrauten Organisationen in Badakhshan sorgen. Den Vorsitz hat das Büro des Provinzgouverneurs inne, und die Sekretariatsfunktion hat ANDMA übernommen. Der fachliche Vorsitz liegt bei dem vom BMZ finanzierten ENÜH-Programm. Das erste Treffen fand bereits im Januar 2012 statt.



Die afghanische Delegation mit ihren Gastgebern in Neu-Delhi. | Foto: GIZ

Von regionalen Nachbarn lernen

Afghanische Delegation informiert sich über Katastrophenvorsorge in Indien

Mit Unterstützung des vom BMZ finanzierten ENÜH-Programms ist eine afghanische Delegation aus Badakhshan Ende November 2011 mit dem Ziel nach Indien gereist, möglichst viel über die dortigen Maßnahmen des Katastrophenschutzes zu lernen. Mitglieder der Delegation waren unter anderen der Provinz-Direktor der Behörde für Katastrophenschutz (*Afghan National Disaster Management Authority - ANDMA*), der Provinz-Direktor des Roten Halbmondes (*Afghan Red Crescent Society - ARCS*) und Mitglieder des Provinz-Katastrophenschutz und -management-Komitees (*Provincial Disaster Management Committee - PDMC*). Indischer Gastgeber war das Nationale Institut für Katastrophenschutz und -Management (*National Institute for Disaster Management - NIDM*) in Neu-Delhi.

Während ihres zehntägigen Aufenthaltes erhielt die Delegation einen grundlegenden Einblick in das Katastrophenschutz-System des indischen Bundesstaates Uttarakhand. Die lokalen Bedingungen und die Gefahr, die von

Naturkatastrophen in der Region ausgeht, sind vergleichbar mit denen Badakhshans. Exemplarisch wurden die Städte Dehradun und Nainital besucht und dort technisches Know-how wie über die erfolgreiche Sanierung von Gebieten, die von Erdbeben und Überschwemmungen betroffen waren, vermittelt. Ein besonderes Augenmerk legten die Besucher auf die dortigen Wiederaufbau-maßnahmen und das Bewässerungsmanagement. „Wir haben wertvolle Informationen von unseren indischen Kollegen erhalten“, so Sanaullah Amiri, ANDMA-Direktor von Badakhshan.

Die afghanischen und indischen Vertreter der Katastrophenschutz-Behörden einigten sich darauf, den produktiven Informationsaustausch fortzusetzen. Es wird unter anderem ein Gegenbesuch indischer Experten des NIDM in Erwägung gezogen, um den Schutz vor Naturkatastrophen in Badakhshan vor Ort zu besprechen und gemeinsam Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge zu entwickeln.

Kampagne zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen

BMZ unterstützt Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Aktivistinnen

Am 25. November 2011, dem Internationalen Tag zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen, hat das afghanische Frauenministerium zu einer 16-tägigen landesweiten Kampagne aufgerufen. Ziel war, die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren und die Prävention zu verbessern. Im Auftrag des BMZ unterstützte die GIZ zahlreiche Aktivitäten im Rahmen der Kampagne. Insgesamt konnten durch die vielfältigen Veranstaltungen mehr als 500 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Funktionsträger angesprochen und für das Thema gewonnen werden. Außerdem wurden über Radio- und Fernsehsender viele Menschen erreicht.

Die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt seit 2004 das afghanische Frauenministerium und weitere ausgewählte Ministerien dabei, die notwendigen Veränderungsprozesse für die Gleichberechtigung unter Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu fördern. Gefördert werden Trainings, Schulungen, Aus- und Weiterbildungen sowie Projekte und Einrichtungen zum Schutz gefährdeter Mädchen und Frauen. Die Inhalte eines Trainingskurses für eine Gruppe von Frauenaktivistinnen zu politischer Lobbyarbeit und Kommunikationsstrategien konnten bei der Kampagne zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen direkt in die Praxis umgesetzt werden. Die Teilnehmerinnen entwickelten Konzepte für eine Reihe von Veranstaltungen in Kabul, Balkh, Takhar und Badakhshan, die im Rahmen der Kampagne stattfanden. Im Umgang mit Medien geschult, organisierte die Gruppe eine Fernsehdiskussion zur besten Sendezeit bei Sabah TV, in der zwei Parlamentarierinnen und zwei Vertreterinnen der Zivilgesellschaft über das Gesetz zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen diskutierten. In den Provinzen Balkh, Jawzjan, Samangan und Sar-e Pul informierte eine Radiosendung über die Fortschritte bei der Aufarbeitung von Gewalt gegen Frauen und klärte über Unterstützungsmöglichkeiten für gefährdete Frauen und Mädchen auf. Neben Friba Majid, der Vorsitzenden der Frauenbehörde von Balkh, engagierten sich dabei Mitglieder des Provinzrats und der Zivilgesellschaft. In Takhar und einigen Distrikten von Kunduz sendete ein lokaler Radiosender Anfang Dezember das Programm „24 Stunden gegen Gewalt gegen Frauen“ mit Interviews, Informationssendungen und kurzen Hörspielen.

Auf einen direkten Austausch wurde während mehrerer Veranstaltungen in Balkh und Badakhshan gesetzt.



In zahlreichen Veranstaltungen wie hier in einer Gemeinde in Badakhshan wurde Gewalt gegen Frauen thematisiert. | Foto: GIZ

In Mazar-e Sharif hatte die Nichtregierungsorganisation *Cooperation Centre for Afghanistan* Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft und Regierungsvertreter eingeladen, um gemeinsam eine Vision und Perspektiven für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in der Provinz zu entwickeln. Haji Mohammad Abou, Parlamentsmitglied aus der Region, begrüßte die Initiative, mehr Vorschläge aus der Zivilgesellschaft in das politische Handeln aufzunehmen, und versprach, die gewonnenen Ideen mit in die Diskussion im Parlament einzubringen. In Badakhshan haben die GIZ und die afghanische Menschenrechtskommission zusammen mit der Frauenbehörde Konferenzen organisiert. Unter den Teilnehmern waren lokale Autoritäten, religiöse Führer, Vertreter der Provinzregierung und der Frauenentwicklungsräte. Der Vorsitzende der Islamlernenden des Distrikts Kishem, Maulawi Abdul Wahid, hielt nach der Konferenz fest, dass Frauen klare Rechte hätten, diese aber häufig nicht respektiert würden, auch weil Frauen diese Rechte oftmals nicht kennen. Er bekräftigte schließlich seinen Einsatz für die Frauenrechte.

In einem großen Park in Kabul kamen über 220 Teilnehmer aus Politik, Justiz, Wissenschaft und Medien ebenfalls zu einer Konferenz zusammen. Großes Medienecho fand die Frage an die Leiterin der Rechtsabteilung des Frauenministeriums, Fauzia Amini, wie der Anstieg an registrierten Fällen von häuslicher Gewalt im vergangenen Jahr zu deuten sei. Viele der anwesenden Experten interpretierten den Anstieg mit dem gewachsenen Bewusstsein für dieses Problem. Dies darf durchaus als ein Erfolg der zahlreichen Frauenorganisationen und deren Unterstützer gewertet werden.

Frauen unterrichten Frauen

Mehr als 300 Mädchen und junge Frauen haben bis Ende November 2011 in Aybak Computer- und Englischkenntnisse erworben. Die nur für Frauen angebotenen Kurse fanden im Ausbildungszentrum der Provinzhauptstadt von Samangan statt. Das Zentrum wird von der Bundesregierung unterstützt. Mit deutscher Hilfe wurden ein Haus angemietet, Möbel, Trainingsmaterial und Computer beschafft sowie Ausbilderinnen eingestellt. | Foto: GIZ



Empfehlungen für die Zukunft Afghanistans

Zivilgesellschaftliches Forum mit 34 Vertreterinnen und Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft in Bonn

Insgesamt 34 Delegierte der afghanischen Zivilgesellschaft, darunter 16 Frauen, nahmen an einem Zivilgesellschaftlichen Forum am 2. und 3. Dezember 2011 in Bonn teil. Die Veranstaltung fand im direkten Vorfeld der Internationalen Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember statt. Sie wurde von vier deutschen politischen Stiftungen (Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung) gemeinsam organisiert und vom Auswärtigen Amt (AA) sowie dem BMZ finanziert. Zwei der afghanischen Delegierten trugen die Forderungen des Forums am 5. Dezember 2011 im Rahmen der Außenministerkonferenz vor.

Die vom BMZ finanzierten Programme zur Förderung der Gleichberechtigung in Afghanistan, der Zivile Friedensdienst sowie die Büros der politischen Stiftungen in Afghanistan hatten die Delegierten bei ihren Vorbereitungen auf Bonn unterstützt. Organisiert wurde unter anderem ein Teambuilding- und Orientierungsworkshop, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Vorfeld des Zivilgesellschaftlichen Forums Raum für Begegnung und Austausch zu schaffen.

Im Zentrum des Workshops stand auch ein praxisnahes Medientraining, in dem zielorientierte Kommuni-

kationsstrategien sowie Rhetorik vermittelt wurden. Des Weiteren haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit simulierten Paneldiskussionen auf das Zivilgesellschaftliche Forum vorbereitet. Die zuvor in einem rein afghanischen Prozess erarbeiteten Politikempfehlungen konnten so effektiver an die Regierungsdelegationen sowie an die Medien herangetragen werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewannen durch diese Vorbereitung mehr Sicherheit für ihr Auftreten bei solch einer Großveranstaltung. Sie konnten sich untereinander besser abstimmen, um mit einer Stimme zu sprechen und so den Forderungen der afghanischen Zivilgesellschaft mehr Gewicht zu verleihen. Saleha Olker, Repräsentantin aus dem Norden Afghanistans, bewertete ihre Teilnahme am Vorbereitungsworkshop nach ihrer Rückkehr aus Bonn als „goldene Gelegenheit“. Sie habe viel gelernt, in dem „effektiven und effizienten Programm, das von professionellen Journalisten, Trainern und Dozenten gestaltet wurde und uns geholfen hat, viel darüber zu lernen, wie wir uns präsentieren, Interviews geben und an Podiumsdiskussionen teilnehmen können. Es war besonders für die Teilnehmer eine gute Gelegenheit, die das erste Mal an einem solchen politischen Event teilgenommen haben.“

Abkommen unterzeichnet

BMZ finanziert Entwicklungsprogramme mit weiteren 65 Millionen Euro

Im Auftrag des BMZ hat die KfW Entwicklungsbank Mitte Dezember 2011 mit dem afghanischen Finanzministerium (*Ministry of Finance - MoF*) zwei Finanzierungsabkommen über insgesamt 65 Millionen Euro unterzeichnet.

Eines der beiden Abkommen betrifft Zuschussmittel in Höhe von 25 Millionen Euro für den Regionalen Infrastrukturentwicklungsfonds (*Regional Infrastructure Development Fund - RIDF*). Dieser Fonds dient der Stärkung von Verwaltungsstrukturen auf Provinz- und Distriktebene, indem er diese in die Lage versetzt, eigenständig Entwicklungsprojekte zu planen und umzusetzen. So werden auf der Grundlage regionaler Entwicklungspläne unter anderem Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Energie, Trink- und Abwasser, Flutschutz, Straßen und Brücken realisiert. Die Durchführung liegt bei den Fachbehörden auf Provinzebene, die dadurch ihre Fähigkeiten in der Projektplanung und -umsetzung stärken. Daneben werden über den ebenfalls vom BMZ finanzierten Regionalen Kapazitätsentwicklungsfonds (*Regional Capacity Development Fund - RCDF*) Schulungsmaßnahmen für die Mitarbeiter der Regierungsinstitutionen auf Provinz- und Distriktebene sowie kleinere Bau- und Ausstattungsmaßnahmen durchgeführt.

Die afghanische Verantwortungsübernahme ist wie bei RIDF und RCDF auch ein Kernelement des „Afghanistan Wiederaufbau-Treuhandfonds“ (*Afghanistan Reconstruction Trust Fund - ARTF*). Der Finanzierungsvertrag über die vom BMZ in diesem Jahr zugesagten weiteren 40 Millionen Euro für den ARTF ist ebenfalls im Dezember unterzeichnet worden. Damit beläuft sich der über das BMZ bereitgestellte Gesamtbeitrag zum ARTF seit 2002 auf 283 Millionen Euro. In den von der Weltbank treuhänderisch verwalteten Fonds haben bisher über 30 Geberstaaten eingezahlt, um die Kapazitäten des afghanischen Staates zu Eigenfinanzierung zu

stärken und die Entwicklung in Schlüsselsektoren zu unterstützen. Der ARTF gliedert sich in zwei Investitionsbereiche. Über ihn werden einerseits wiederkehrende Ausgaben, wie etwa Gehälter ziviler Staatsbediensteter, insbesondere von Lehrerinnen und Lehrern, finanziert. Zum anderen unterstützt der Fonds nationale Entwicklungsprogramme in verschiedenen Sektoren wie beispielsweise das „Education Quality Improvement Program“ (EQUIP) im Bildungsbereich. Für EQUIP hat das BMZ 2011 zusätzlich weitere 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ein weiteres Programm, das der Fonds finanziert, ist das „Nationale Solidaritätsprogramm“ (NSP) zur lokalen Entwicklung.

Über den ARTF und die durch ihn finanzierten Programme trägt das deutsche Engagement dazu bei, die Fähigkeiten der afghanischen Regierung zu stärken, eigenverantwortlich Entwicklungsvorhaben umzusetzen, ihre Ressourcen effizient zu nutzen und der Bevölkerung in Form von Dienstleistungen bereitzustellen. Dies soll nicht nur die Lebensqualität erhöhen, sondern auch das Vertrauen der Menschen in die eigene Regierung stärken.



Der stellvertretende Finanzminister Shafiq Qarizada (links) und Bildungsminister Dr. Ghulam Farooq Wardak unterzeichnen den ARTF-Vertrag. | Foto: KfW

Kurzmeldungen

Sanierung von Verteilernetzen:

► Im Auftrag des BMZ hat die KfW Entwicklungsbank im Dezember 2011 ein Finanzierungsabkommen über 10 Millionen Euro mit dem afghanischen Finanzministerium und dem Afghanischen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsbetreiber (*Afghan Urban Water Supply and Sewerage Corporation - AUWSSC*) unterzeichnet. Die Mittel fließen in das laufende Entwicklungsprogramm zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung in Nordafghanistan. In den Städten Mazar-e Sharif, Pul-e Khumri und Taloqan sollen die Verteilernetze instand gesetzt und verdichtet werden.

Ausbau der Trinkwasserversorgung:

► Mehr als 140 Versorgungssysteme für Trinkwasser sind seit 2007 mit Unterstützung des BMZ und in Zusammenarbeit mit dem afghanischen Ministerium für ländliche Entwicklung und den Gemeinden in der Provinz Badakhshan gebaut worden. Insgesamt haben dadurch heute mehr als 255.000 Menschen, knapp ein Viertel der Provinzbevölkerung, Zugang zu sauberem Trinkwasser. Während die Beschäftigung lokaler Arbeitskräfte bei den Bauarbeiten zusätzliche lokale Einkommen geschaffen hat, kommen die Maßnahmen den Einwohnern langfristig vor allem durch eine verbesserte Gesundheit zugute. Realisiert werden die Brunnen und Zapfanlagen durch das Programm Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe (ENÜH), das die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt.

Kurzmeldung

Bewerbung für Ashden Award:

► Das vom BMZ finanzierte Programm für Erneuerbare Energien in ländlichen Gebieten (*Renewable Energy Supply for Rural Areas - ESRA*) hat sich um den renommierten Ashden Award beworben. Die gleichnamige wohltätige Stiftung aus England vergibt seit 2001 unter anderem Preise für lokale Energieversorgungssysteme, die die Umweltbelastung minimieren, die Armut reduzieren und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern. Im Rahmen der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützen GIZ-Mitarbeiter des ESRA-Programms die afghanischen Partner beim Bau von Wasserkraftwerken sowie von Stromverteilernetzen und Anschlüssen. Zudem wird die Bevölkerung für Risiken im Umgang mit Strom sensibilisiert, Fachpersonal für den Betrieb der Wasserkraftwerke ausgebildet, technische Standards gemäß internationaler Vorgaben eingeführt und Entscheidungsträger qualifiziert, damit diese eine nachhaltige Energiepolitik formulieren und umsetzen können.

Von mehr als 100 Bewerbungen ist das ESRA-Programm bereits unter die besten 18 gewählt worden. Im März will die Jury in London acht dieser Projekte nominieren, wovon die fünf besten im Juli in London ausgezeichnet werden. Sollte ESRA den mit rund 48.000 Euro dotierten Award gewinnen, wird das Preisgeld in die Erarbeitung eines Konzepts im Bereich Erneuerbare Energien mit der afghanischen Regierung fließen.



Provinzgouverneur Atta Mohammed Noor (rechts) und Senior Civilian Representative Matthias Meyer zerschneiden das Band für das neue Verwaltungsgebäude in Mazar-e Sharif. | Foto: GIZ

Grundsteinlegung für Verwaltungsgebäude

Fachbehörde für Wirtschaft in Mazar-e Sharif wird erweitert

Mitte Dezember 2011 wurde in Mazar-e Sharif der Grundstein für ein neues Gebäude der örtlichen Fachbehörde für Wirtschaft gelegt. Finanziert wird dieses Bauvorhaben vom BMZ im Rahmen des Regionalen Kapazitätsentwicklungsfonds (*Regional Capacity Development Fund - RCDF*), der von der GIZ verwaltet wird. Zur feierlichen Grundsteinlegung waren unter anderem Provinzgouverneur Atta Mohammed Noor, Senior Civilian Representative Matthias Meyer und die BMZ-Vertreterin Henrike Herz gekommen. Das neue Gebäude wird neben der Betreuung von Firmen und Nichtregierungsorganisationen auch als Trainings- und Konferenzzentrum für den regelmäßigen Austausch zwischen afghanischem Staat, Zivilgesellschaft und Gebern dienen.

Zentrale Aufgaben des RCDF sind –

neben Bau- und Ausstattungsvorhaben – vor allem Fortbildungsmaßnahmen für Beamte zu Themen wie Antikorruption, Monitoring und Evaluierung, Wirtschaftsprüfung und öffentliches Management.

Dies sind wichtige Beiträge zur Stärkung der Regierungsführung, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und dabei Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Effizienz folgen soll. Nur funktionstüchtige öffentliche Verwaltungen auf der Provinz- und Distriktebene können ihren Aufgaben den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber effektiv nachkommen. Die Fachbehörde für Wirtschaft in der Provinz Balkh gehört dabei zu den Schlüsselakteuren, da sie für die Koordination der verschiedenen Entwicklungsprojekte in der Provinz verantwortlich ist.

Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen

In einer Sitzung des Provinzentwicklungsfonds (*Provincial Development Fund - PDF*) von Badakhshan im Dezember 2011 sind 14 weitere Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Provinz verabschiedet worden. Mit dem PDF-Ansatz unterstützt die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe der GIZ im Auftrag von BMZ, AA und BMVg den zivilen Wiederaufbau in Nordost-Afghanistan seit 2006. Im Jahr 2011 wurden allein 62 Projekte mit einem Gesamtbudget von zirka 2,5 Millionen Euro ausgewählt. Insgesamt haben bisher mehr als drei Millionen Menschen von PDF-Vorhaben profitiert.

Geschütztes Umfeld für angehende Juristinnen

Bibliothek und Studienraum an der Universität Balkh eröffnet

Auf dem Campus der Universität Balkh ist Mitte Oktober 2011 eine neu errichtete Bibliothek mit Trainingszentrum speziell für Studentinnen („*Justice Library and Training Center*“) feierlich eröffnet worden. Damit unterstützt das BMZ-Programm zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan die Rechtsfakultät der Universität Balkh bei ihren Bemühungen zur Stärkung junger Akademikerinnen. Im Zuge dessen entsteht derzeit auch ein Netzwerk, in dem sich die angehenden Juristinnen untereinander sowie mit bereits erfahrenen Juristinnen austauschen können. Außerdem werden Englischkurse angeboten.

Die Errichtung eines geschützten Lern- und Schulungsumfelds war ein sehr großes Anliegen der Studentinnen selbst, da sie in der männerdominierten afghanischen Gesellschaft oftmals große Schwierigkeiten haben, sich frei und ungestört zu entfalten. Auf besonderen Wunsch der Rechtsfakultät hat das Programm zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit das Universitätsgelände mit einem zusätzlichen, einfachen Gebäudeteil ausgestattet, in dem das „*Justice Library and Training Center*“ untergebracht ist. Neben einer kleinen Bibliothek umfasst es auch einen Internetraum und einen Schulungsraum. Zugänglich ist das Gebäude nur für Studentinnen. Sie sehen die Eröffnung als einen sehr wichtigen Schritt angesichts des oft schwierigen Zugangs der Studentinnen zu Informationen. Der



Dekan Cheragh Ali Cheragh und Dr. Ulla Mikota während der Eröffnung des Studienzentrums in Balkh. | Foto: GIZ

Dekan der Universität, Cheragh Ali Cheragh, und Dr. Ulla Mikota, BMZ-Vertreterin und deutsche Direktorin für Entwicklung in Mazar-e Sharif, eröffneten feierlich das neue Studienzentrum. Beide betonten die gute deutsch-afghanische Kooperation sowie die Bedeutung der akademischen Förderung von Frauen in Afghanistan.

Konferenz zur Unterstützung des Friedensprozesses und der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Vertreter aus Afghanistan und Pakistan haben sich in einer gemeinsamen Erklärung dafür ausgesprochen, eine afghanisch-pakistanische Freundschaftsgesellschaft (*Afghanistan-Pakistan Friendship Association - APFA*) zu gründen, in deren Rahmen der Friedensprozess auf zwischengesellschaftlicher Ebene begleitet und gefördert werden soll.

Die viertägige Konferenz fand Mitte Dezember in Islamabad mit

finanzieller Unterstützung der Bundesregierung statt. Rund 100 Delegierte waren dafür in die pakistanische Hauptstadt gereist. Organisiert wurde die Konferenz durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, das *National Center for Policy Research* an der Universität Kabul, zwei pakistanische Nichtregierungsorganisationen, die afghanische Menschenrechtskommission und den Zivilen Friedensdienst.

Die Konferenz diente der Fort-

setzung und Ausweitung des zivilgesellschaftlichen Prozesses im Umfeld der Bonner Afghanistan-Konferenz. Wadir Safi, Professor an der Universität Kabul, bezeichnete die Konferenz als „Friedenskonferenz“, die fortan regelmäßig stattfinden solle. „Solche Zusammenkünfte sind ein Symbol des Friedens. Und je mehr davon stattfinden, desto größer sind die Chancen auf einen Frieden in der Region“, sagte Wadir Safi.

Kurzmeldung

Großer Zuspruch für Kunsthandwerk:

► 30 Ausstellerinnen und 100 Aussteller aus 15 afghanischen Provinzen haben ihre Produkte Mitte Dezember 2011 auf einer Verkaufsmesse in Kabul präsentiert. Kunsthandwerk und Exportwaren wie Halbedelsteine oder Trockenfrüchte zogen über 7.600 Besucher an. Unterstützt wurde die dreitägige Messe von internationalen Gebern, unter anderem vom BMZ. Umgesetzt wurden nach Angaben der Veranstalter, dem Handwerker- und Handelsverband Afghanistans (*Federation of Afghanistan Craftsmen and Traders - FACT*) und dem Geschäftsverband afghanischer Frauen (*Afghanistan Women Business Federation - AWBF*), insgesamt knapp 70.000 Euro.

Im Rahmen der Messe hatten FACT und AWBF zwei Podiumsdiskussionen organisiert, die sich um Fragen wie Gewerbesteuern, Unterstützung durch den öffentlichen Sektor und Herausforderungen für den privaten Sektor drehten. In Arbeitsgruppen wurden zudem Potenzial-Analysen für die Bereiche Teppiche, Kunsthandwerk, Möbel, Halbedelsteine und Juwelierhandwerk erstellt. Allen wurden große Wachstumschancen attestiert, allerdings wurden auch fehlender Marktzugang, mangelnde Kreditvergabe sowie veraltete Technologien beklagt.

Mehr als 85 Prozent der Teilnehmer zeigten sich an weiteren Messen interessiert. FACT hat bereits Gespräche mit lokalen Unternehmen aufgenommen, um Messen ohne internationale Finanzierung gestalten zu können.

Kaschmirfabrik eingeweiht

Neue wirtschaftliche Perspektiven für die Provinz Badakhshan

Ende November 2011 ist in der Provinz Badakhshan eine Kaschmirverarbeitungs-fabrik eingeweiht worden. Afghanistan ist weltweit der drittgrößte Produzent dieser Wollart. Allerdings werden momentan nur 30 Prozent der afghanischen Kaschmirproduktion kommerziell genutzt. Somit besteht in diesem Bereich ein erhebliches, bisher nicht ausgeschöpftes Wachstumspotenzial. Die Nordprovinzen eignen sich besonders für die Züchtung von Kaschmirziegen, da dort ein kaltes und trockenes Klima vorherrscht. In Badakhshan leben Schätzungen zufolge mehr als 400.000 Tiere, von denen bis zu 240 Tonnen unbearbeitete Wolle pro Jahr gewonnen werden könnte.

Der Bau der Kaschmirverarbeitungs-fabrik *Pamir Cashmere Processing Company Ltd.* (PCPCL) in der Umgebung der Provinzhauptstadt Faizabad wird vom BMZ über das Programm „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“ (NaWi) unterstützt. Die Verarbeitungsanlage schafft fast 100 neue Arbeitsplätze in Faizabad - vorwiegend für Frauen - und bietet den Bauern und Ziegenzüchtern in der Provinz eine direkte

und zusätzliche Einkommensquelle.

Bisher halten die Bauern ihre Ziegen allein zur Milch- und Fleischgewinnung.

Fabrikmitarbeiter kaufen das unverarbeitete Rohmaterial in den Distrikten von Schäfern und Gemeinden auf. In der Fabrik wird die Wolle sortiert, gewaschen und enthaart. Danach wird die Kaschmirwolle über den Hauptsitz der Firma in der westafghanischen Stadt Herat ins Ausland verkauft, in erster Linie nach Italien und in die USA.

Mit dem NaWi-Programm trägt die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit des afghanischen Privatsektors und die Beschäftigungsmöglichkeiten in ausgewählten Sektoren zu verbessern. Experten der GIZ arbeiten auf nationaler Ebene an den rechtlichen und regulativen Rahmenbedingungen und Förderinstrumenten für die Privatwirtschafts- und Ausenwirtschaftsförderung. Darüber hinaus wird auf regionaler und lokaler Ebene der Privatsektor gestärkt, die Wertschöpfung und die Zahl der Arbeitsplätze dadurch erhöht.



Abdul Hannan Hashemi, stellvertretender Direktor der Wirtschaftsbehörde in Badakhshan, eröffnet gemeinsam mit Abdul Basir Hotak, Inhaber und Geschäftsführer der *Pamir Cashmere Processing Company Ltd.* (PCPCL), die neue Fabrik. | Foto: GIZ



Afghanische Teppiche in Hannover präsentiert

Vom 14. bis 17. Januar 2012 haben elf afghanische Teppich-Händlerinnen und -Händler ihre hochwertigen Produkte auf der DOMOTEX Hannover präsentiert. Sie wurden dabei von der afghanischen Exportförderagentur (*Export Promotion Agency of Afghanistan – EPAA*) unterstützt, finanzierten ihre Teilnahme aber erstmals ohne internationale Zuschüsse. EPAA wird durch das vom BMZ in Auftrag gegebene NaWi-Programm unterstützt. | Foto: EPAA

Handelsbarrieren abbauen

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung: Auf einer Konferenz werden engere Beziehungen zwischen Afghanistan und Tadschikistan gefördert

20 Händler und Produzenten aus den südlichen Provinzen Tadschikistans haben Ende November 2011 an einer zweitägigen Konferenz in Kunduz teilgenommen. Die Gäste tauschten sich dort mit rund 40 Geschäftsleuten aus Nordafghanistan aus, stellten Kontakte her und schlossen Handelsverträge ab. Auch Vertreter der Handelskammer und lokal ansässiger Behörden waren gekommen. Auf der Konferenz betonten die Vertreter ihre Absicht, künftig enger mit den Amtskollegen im Nachbarland zu kooperieren, um Handelsbarrieren abzubauen.

Auf beiden Seiten der Grenze bestehen große Handelspotenziale: In Tadschikistan ist die Industrialisierung weiter fortgeschritten, insbesondere in der Verarbeitung und Konservierung von Lebensmitteln. Dies bietet Chancen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe aus Afghanistan. Rohstoffe und Lebensmittel, die bislang nach und über Pakistan exportiert werden, könnten in räumlicher Nähe verarbeitet, somit Transportkosten gespart und die lokale Wertschöpfung verbessert werden. Die Produkte afghanischer Kunsthandwerker, insbesondere von Teppich- und Schmuckproduzenten, treffen in Tadschikistan auf großes Interesse. Gleichzeitig kann der Wissenstransfer im Handwerk aus Tadschikistan nach Afghanistan intensiviert werden. Für beide Länder können sich zudem lukrative Zugänge zu neuen Handelsrouten nach Pakistan beziehungsweise Zentralasien und China eröffnen.

Ein Grund für den bislang geringen Handel zwischen Afghanistan und Tadschikistan sind fehlende Geschäftskontakte, die für den Austausch über Nachfrage und Angebot auf beiden Seiten der Grenze zentral sind. Der Aufbau persönlicher Kontakte und der Dialog über Qualität und Preise waren daher Hauptanliegen der Konferenz. Weiterhin benannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Handelshemmnisse konkret und forderten von den Verantwortlichen Verbesserungen. So sind afghanische Händler mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Visaerteilung für Tadschikistan konfrontiert, während die langsame und nicht immer zuverlässige Zollabwicklung für beide Seiten erhebliche Probleme darstellt.

Eine erste Konferenz dieser Art fand bereits im September 2011 statt. Damals waren afghanische Händler und Produzenten in die tadschikische Provinz Khatlon gereist und hatten den Export von Zement, Schmuck und anderem Kunsthandwerk aus Afghanistan vereinbart. Im Gegenzug importiert Afghanistan seitdem Pflanzensamen und hochwertige Wolle aus dem nördlichen Nachbarland.

Im Auftrag des BMZ unterstützten GIZ-Mitarbeiter die bilateralen Konferenzen im Rahmen des NaWi-Programms. Dieses Vorhaben verbessert die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen im afghanischen Privatsektor und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Afghanistan.

Polizeiausbilder drücken die Schulbank

Kinderrechte-Workshop in der Kabuler Polizeiakademie

Seit 2005 existiert in Afghanistan ein eigenes Kinder- und Jugendstrafrecht. Allerdings werden die darin festgelegten Regeln für die Behandlung minderjähriger Straftäter vielfach noch nicht umgesetzt. Nach Angaben von UNICEF kennen sogar die Polizei und die Gerichte die Regeln oftmals nicht. Rahman Ali Jawed, Seniortrainer der afghanischen Menschenrechtskommission (*Afghanistan Independent Human Rights Commission – AIHCR*) beklagt: „Gewalt gegen Kinder wird nicht als Gewalt gesehen. Es ist normal, Kinder zu schlagen.“ Besonders betroffen seien Kinder, die auf der Straße arbeiten, straffällige Kinder, junge Opfer von Missbrauch sowie behinderte Kinder. Ein Umdenken falle den Menschen hier schwer, sagt Jawed. Die Erziehungsmethoden seien noch sehr traditionell.

Zur entsprechenden Sensibilisierung der Polizei hat AIHCR im Oktober 2011 zusammen mit der Nichtregie-

ungsorganisa-
tion Terre des
hommes und
mit Unter-
stützung des
Zivilen Frie-
densdienstes



Engagiert setzen sich die Polizeiausbilder mit den Rechten von Kindern und Jugendlichen auseinander. | Foto: GIZ

(ZFD) einen fünftägigen Workshop an der Nationalen Polizeiakademie in Kabul durchgeführt. Zwanzig Polizeiausbilder wurden in internationalen und nationalen Kinderrechtsstandards geschult. Sie erhielten Informationen über den Ansatz der restaurativen Justiz sowie zu Alternativen der Haftstrafe wie Freiheit auf Bewährung, Sozialbetreuung und gemeinnützige Arbeit.

Die Idee eines erzieherischen Jugendstrafrechts, das die Interessen der Opfer und die Notwendigkeit der sozialen Wiedereingliederung der minderjährigen Straftäter berücksichtigt, war im Jahr 2005 noch völlig neu in Afghanistan. Im Vordergrund des Workshops stand deshalb, den Polizisten ein Gefühl von Verantwortung für das Wohlergehen der Kinder zu vermitteln. Dafür haben Mitarbeiter der AIHCR gemeinsam mit einer Friedensfachkraft des ZFD spezielle Trainingsmaterialien

entwickelt, die an den afghanischen Kontext angepasst sind und partizipative Trainingsmethoden beinhalten. Die Polizeiausbilder griffen das Thema interessiert auf und beteiligten sich engagiert an den Diskussions- und Reflexionsrunden.

Impressum

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Kabul, Afghanistan

Mail:
presse@ez-afghanistan.de

Web:
www.bmz.de/afghanistan
www.ez-afghanistan.de

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung